

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

164 (18.7.1921)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: 8.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 1.20 M. Die Reklamezeile durch die Post bezogen 5.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unserm Karlsruher Alagen abgeholt 5 M monatlich. — Einzelheft 25 s.

Triviale franz. Treibereien wegen Oberschlesien

Berlin, 16. Juli. (Wolff.) Heute nachmittag besuchte der französische Botschafter Laurent den Minister des Auswärtigen Dr. Rosen, um ihm im Namen seiner Regierung folgende Eröffnungen zu machen:

Die sehr bestimmten und eingehenden Berichte des General Le Moab und die dringenden Mitteilungen der polnischen Regierung lassen keinen Zweifel über den in Folge des Verhaltens der Deutschen immer drohender werdenden Charakter der Lage in Oberschlesien, und zwar wegen der Nichtablieferung der Waffen, wegen der Aufrechterhaltung der deutschen Bänder im Abstimmungsgebiet selbst oder an seinen Grenzen und wegen der Gefahr einer gewaltsamen Aktion in Oberschlesien, sei es vor der Mitteilung einer Entscheidung der Mächte oder sei es unmittelbar danach, wenn Deutschland nicht voll befriedigt wird. Die ungeheuerlichen Neuzugänge und unmittelbaren Herausforderungen des General Le Moab bestätigen die Schwere des in Oberschlesien sich vorbereitenden Angriffs. In dem Abstimmungsgebiet selbst mehren sich die deutschen Attentate, die besonders gegen die französischen Truppen und Beamte gerichtet sind. Die Lage wird immer heftiger.

Die häufige Wiederholung dieser Attentate ist bezeichnend. Bei den Verhaftungen ergab sich, daß die Urheber dieser Verbrechen Mitglieder von Freikorps sind, die nicht zu diesem Gebiet gehören. Die Selbstschützformationen sind nicht entwaffnet und nur zum Schein bewaffnet worden. Es ist festgestellt worden, daß von den 40 000 Mann nur 10 000 Mann aus dem Gebiet selber stammen. Weitere 10 000 sind in Gruppen verteilt im Gebiet verteilt. Von den 20 000 Mann, die abtransportiert wurden, ist der größte Teil in Mittel- und Niederschlesien gelassen. Die Studenten wurden in ihre Heimatsorte zurückgeschickt, sind aber bereit, auf den ersten Ruf hin wieder herbeizueilen; ein Teil von ihnen wurde nur für einige Tage in Urlaub geschickt. So bleiben die deutschen Bänder Gemehr bei Fuß, sei es in dem Abstimmungsgebiet, sei es an seinen Grenzen. Die Stämme dieser Bataillone, die zur Bildung der Armee dienen, wurden nicht aufgelöst, sondern werden fortgeführt vermehrt. Das Kommando bleibt am Platze; General Höfer ist in Krieg. Die Waffen wurden den Kontrolloffizieren nicht übergeben, die nur auf 250 Gewehre und unbrauchbares Maschinengewehr Hand hatten legen können, während 20 000 Mann mit modernen Waffen versehen waren. Auf diese Weise behalten die Selbstschützformationen ihre Waffen, halten ihre Verträge aufrecht und sind bereit, auf das erste Zeichen hin einzugreifen. Die Verantwortlichkeit der Regierung bleibt ebenso wie bisher voll bestehen, weil sie die Verantwortung, den Transport und die Bewaffnung der Selbstschützungen sowie ihre Zusammenziehung und ihren Fortbestand in Oberschlesien duldet.

Unter diesen Umständen kann angesichts des Drucks der deutschen Bedrohung die französische Regierung nicht daran denken — sie ist überzeugt, daß die Alliierten ebensowenig daran denken —, nach einer oberflächlichen Prüfung von einigen Tagen durch eine Sachverständigenkommission eine endgültige Entscheidung in der ober-schlesischen Frage zu treffen, die unmittelbar den Angriff einer wirklichen, aus Aufständischen gebildeten deutschen Armee hervorrufen und ohne Zweifel durch eine Abwehraktion der Polen beantwortet werden würde. Die verbündeten Regierungen würden sich dann in die Kriegereignisse hineinziehen.

zogen sehen. Sie würden es nämlich nicht zulassen können, daß der Vertrag von Versailles verletzt und ihre Entscheidung mißachtet wird. Die französische Regierung, die auf Wunsch ihrer Verbündeten durch die Zahl der Truppen und Beamten, die sie nach Oberschlesien entsandt hat, und durch den Verstoß in erster Linie die Verantwortung trägt, hat mit Rücksicht auf die schwere deutsche Bedrohung Vorkehrungen getroffen, um unverzüglich eine Division zur Verfügung nach Oberschlesien zu senden, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und der drohenden Gefahr zu begegnen.

Im Anschluß an diese Eröffnungen stellte der französische Botschafter an die deutsche Regierung folgende Forderungen:

1. Es wird von Deutschland jede Maßregel verlangt, die notwendig ist, um die Selbstschütz- und Freikorps-Organisationen zu entwaffnen, aufzulösen und von der Grenze Oberschlesiens zu entfernen. 2. Deutschland wird aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit die Entscheidungen der Alliierten Mächte und die Ausführung des Friedensvertrags in Oberschlesien keinen Widerstand finden. 3. Deutschland hat alle Maßnahmen zu treffen für eine schnelle Beförderung der Verstärkungen, die eventuell nach Oberschlesien gesandt werden sollen.

Der Minister des Auswärtigen hat bei Entgegennahme dieses Schrittes des französischen Botschafters sofort mit großem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß seit Wochen ähnliche und noch viel schärfere Klagen täglich und ständig von deutscher Seite in Oberschlesien erhoben werden. Dr. Rosen hat den französischen Botschafter auch daran erinnert, daß er schon vor Beginn der Säuberungsaktion die Zweifel des deutschen Kabinetts an deren Wirksamkeit ungeduldig zum Ausdruck gebracht und als die Ueberzeugung der Reichsregierung ausgesprochen habe, daß die polnischen Insurgenten nur äußerlich entwaffnet seien, in Wirklichkeit aber im Lande verblieben und dort ihre terroristische Tätigkeit weiter ausüben würden. Am 7. Juli hat der Minister des Auswärtigen ferner dem französischen Botschafter durch die Kattowitzer Großindustriellen Mitteilungen machen lassen, durch die die Richtigkeit dieser Voraussetzungen bestätigt wurde. Diese Mitteilungen eines Kattowitzer Ingenieurs, von denen die französische Regierung Kenntnis hat, enthielten tatsächlich Angaben darüber, daß nur die polnischen Regularien und ein Teil der polnischen Soldaten über die Grenze abtransportiert seien und zwar um jenseits weiter ausgebildet und zu Stammformationen für den vierten polnischen Aufstand zusammengefaßt zu werden; daß die Waffen nicht abgeliefert, sondern versteckt und, um gegen Beschädigung durch Risse geschützt zu sein, zum Teil in eigens dazu hergestellten Zinkblech verpackt seien; daß Plünderungen und Verschleppungen nach wie vor stattfänden und daß die Organisation der Insurgenten voll bestehen geblieben sei. Durch die Anwesenheit, die sogar Herrn Wersant den Verbleib in Oberschlesien ermöglichte, sei hierzu jede gewünschte Erleichterung geboten.

Nach diesen vorläufigen Erwiderungen behält sich der Minister des Auswärtigen die endgültige Stellungnahme der deutschen Regierung auf Grund eingehender Prüfung aller in der Eröffnung des französischen Botschafters enthaltenen Punkte vor.

das Schicksal Oberschlesiens, die Erwirkung der schnellen Beseitigung des durch den Aufstand dem Einzelnen und der Allgemeinheit zugefügten Schadens, die Vertretung der Interessen der deutschen Bevölkerung bei den interalliierten Regierungen und der Plebiszitkommission, sowie bei Reichs- und Staatsregierung und endlich den Ausgleich der nationalen Gegensätze.

Dr. Lufatschel richtet einen Aufruf an die ober-schlesische Bevölkerung, in dem es heißt: Lieber uns ist der dritte polnische Aufstand hinweggegangen. Er hat uns gelehrt, daß wir die schwere Zeit bestehen können, wenn wir uns noch fester als bisher zusammenschließen. Und dann wird unsere Stimme in der Welt nicht ungehört bleiben. Das Volk steht zu seinen bewährten Führern. Helft alle mit! Laßt uns ruhig und besonnen, aber auch mit Festigkeit kämpfen für unser Oberschlesien, für unser Vaterland und unser deutsches Volkstum.

Berlin, 16. Juli. (Privattelegramm.) Wie die Blätter melden, herrscht in den Landorten des ober-schlesischen Industriebezirks immer noch der polnische Terror. Die Flucht der Deutschen vom Land in die Städte dauert an. In Schlesiensgrenze kam es zu einer langanhaltenden Schießerei der polnischen Bänder. In Kattowitz fiel die Riste der zur Erdspolizei zu bestellenden Personen in deutsche Hand. Von den 150 Namen sind 99 Pros. Insurgenten, Jackhändler und eine große Anzahl Kongreganten, also Ausländer. Die Engländer führen ihre Aufgabe, besonders die Sperrung der Grenze gegen Polen energisch und erfolgreich durch.

Eine neue Zollschranke

Ill. Frankental, 17. Juli. Seit einigen Tagen ist am Frankentaler Kanal eine Rhein-Zollschranke errichtet, an der von der Tonne Wasserfracht eine Mark Zoll erhoben wird. Neben der Preisbelastung der Waren bringt diese Zollrevision große Zeitverluste im Schiffsverkehr und vielfach Verkehrsstörungen infolge der recht umständlichen Zollabfertigungen. Ganz besonders empfindlich werden die Kohletransporte mit ihrem Massengüterverkehr gequält. An die Reichsregierung wurden bereits Beschwerden gerichtet.

Der Wucherkeldzug gegen das deutsche Volk

Die Anhänger der freien Wirtschaft auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung, in erster Linie also die Säugler der Produzenteninteressen, die Vertreter der Landwirtschaft und des Agrarkapitals, haben auf ganzer Linie gesiegt. Die letzten Reste der kümmerlichen Zwangswirtschaft sind gefallen und die Beseitigung der Brotversorgung der Groß-Berliner Bevölkerung mittels des Kartensystems wird bald im ganzen Reiche nachahmt werden. Damit hat diejenige Richtung einen entscheidenden Erfolg davongetragen, die ihr System, auf dem Reichsernährungsminister Dr. Hermes aufbaute, und alle Versuche, die letzten Reste dieser ohnehin kümmerlichen Zwangswirtschaft im Interesse der breiten Massen des arbeitenden Volkes aufrechtzuerhalten, freit gescheitert. Wieder ist es den Agrariern gelungen, den maßgebenden Körperschaften die Ueberzeugung beizubringen, daß sie der notleidende Teil des deutschen Volkes sind, nicht aber die großen Konsumentenkreise, die diesem neuen System auf ihre Taschen ohnmächtig gegenüberstehen. Hermes selbst bezeichnete die Einführung der freien Getreidewirtschaft neben der Zwangswirtschaft als einen Uebergang zur völligen Aufhebung jeder staatlichen Regelung unserer Getreidewirtschaft. Die Ankündigung, das marktfreie Brot werde vom 15. August des Jahres an etwa 12—14 M kosten, wird zwar in allen Interessentkreisen, vornehmlich auf agrarischer Seite also, ein freudiges Schmunzeln hervorruft, die große Mehrheit der Bevölkerung aber, insbesondere das Proletariat, sieht sich vor eine Situation gestellt, die für seine Lebenshaltung die stärksten Bedrohungen enthält und eine noch stärkere Proletarisierung und Verschlechterung der Lebenshaltung befürchten läßt, als sie durch die ständige Verteuerung aller Waren, die Entwertung des Geldes und die Steuerhohen der bestehenden Klassen ohnehin schon eingetreten ist.

Solange wenigstens die kümmerlichen Reste der Zwangswirtschaft des Brotes in Form der Beibehaltung der Brotkarte aufrecht erhalten bleiben, werden die Unkosten wenigstens nicht ins Ungemessene steigen; sobald es jedoch dem vereinigten Ansturm der agrarischen Interessen gelungen sein wird, die Brotwirtschaft gänzlich zu beseitigen, haben wir mit einer Belastung jedes einzelnen Haushaltes zu rechnen, die zu neuen Lohnsteigerungen, zu neuen Krisen und damit zu neuen Erschütterungen unserer gesamten Produktion führen muß. Es wird die schwere, aber dankbare Aufgabe der sozialdemokratischen Vertreter sein, mit allen Mitteln für die Beibehaltung des Kartensystems einzutreten, wenn schon die freie Getreidewirtschaft nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Da auf der anderen Seite die landwirtschaftlichen Kreise mit aller Gewalt die völlig freie Wirtschaft fordern werden, so haben wir für die Zukunft mit parlamentarischen Kämpfen zu rechnen, die an Schwere denen der Vergangenheit in nichts nachstehen. Es handelt sich um elementare Fragen der Bevölkerungspolitik, und hier gilt es, alle Kräfte der konsumierenden Klassen zusammenzufassen, um den unaufhörlichen Raub- und Wuchergriffen der Landwirtschaft ein kräftiges Bollwerk entgegenzusetzen.

Das Urteil über die Mordtaten der U-Bootsoffiziere

WZ Leipzig, 16. Juli. Im Prozeß Dittmar-Wald vor dem Reichsgericht wurden die beiden Angeklagten wegen Beihilfe zum Totschlag zu je vier Jahren Gefängnis verurteilt. Wegen Dittmar wurde außerdem auf Dienstentlassung erkannt.

In der Begründung des Urteils führt der Vorsitzende, Senatspräsident Dr. Schmidt, u. a. folgendes aus: Der Senat hat als erwiesen angesehen, daß das Lazarettschiff „Lanovers Castle“ widerrechtlich torpediert worden ist. Für die Torpedierung ist allein der Kommandant Pajig verantwortlich. Daß er die Verletzung als unzulässig empfand, geht schon daraus hervor, daß er sie nicht nur ins Schiffstagebuch nicht eintrug, sondern daß er sogar zu einer Fällung der Wegetarte gegriffen hat. Was die Rettungsboote anbelangt, hat der Senat angenommen, daß drei Boote von dem sinkenden Schiff abgenommen sind und daß diese Boote absichtlich vom U-Boot aus beschossen worden sind. Es könne überhaupt keinem Zweifel unterliegen, daß die Beschädigung der Rettungsboote vernichtet worden sind. An dem Verbrechen der Tötung waren die Angeklagten beteiligt. Zwischen Pajig und ihnen hat ein ausdrückliches oder stillschweigendes Einverständnis bestanden. Während die Angeklagten bei der Torpedierung des Schiffes dem Befehl Pajigs folgten hätten sie bei der Beschädigung unbedingt Widerspruch erheben und mit Anzeige bei der vorgesetzten Behörde drohen müssen. Das haben sie nicht getan. Es waren also drei Offiziere gleichwertig an der Beschädigung beteiligt. So wahrscheinlich es auch ist, daß die Tötung von Menschenleben mit Ueberlegung ausgeführt ist, so konnte der Senat doch nicht den Beweis für eine überlegte Tötung als erbracht ansehen. Es ist daher Tötung ohne Ueberlegung angenommen worden. Bei Bemessung der Strafe war zu berücksichtigen, daß es sich um eine sehr schwere Straftat handelt, daß nämlich wehrlose Schiffbrüchige getötet worden sind.

Dieses Urteil wird nicht verfehlen, überall dort, wo man es mit der Sache der Befreiung der Kriegsverweigerer ernst nimmt und auch die große politische Bedeutung der Frage begriffen hat, eine starke Genugtuung hervorzurufen. Daß es Herrn Briand bei seiner Politik in Sachen der Reichsgerichtsprozesse nicht recht wohl zu Mute war und daß er von dem

Ausgang des von England zur Aburteilung gestellten Falles der „Lanovers Castle“ eine Blamage für Paris befürchtete, das ging schon aus der Antwort hervor, die er durch die Pariser Presse auf die Rede des Reichsjustizministers Schiffer gegeben hat. Er hoffe, so schloß er die Antwort, daß die Zurückziehung der französischen Akten und die Zurückberufung der französischen Delegierten wenigstens den Freunden und Alliierten Frankreichs, die in Leipzig zurückgeblieben seien, den Augen einer besseren Gerechtigkeit sicherten, — womit Herr Briand die Angst vor einem gerechten Urteil im Falle Dittmar-Wald, das sein eigenes Verhalten gegen das Reichsgericht ins Unrecht setzen könnte, offensichtlich durch die unfaire Unterstellung zu beschwichtigen gedachte, Leipzig werde jetzt, nachdem sich Frankreich von dort demonstrativ zurückgezogen habe, aus politischen Gründen, und nicht etwa aus solchen des Rechts, zu einem verurteilenden Verdikt kommen.

Herr Briand wird sich mit diesem Urteil nicht durchgehen. Der Affront, den ihm England antat, indem es seine Delegation in Leipzig belächelt, obwohl die französische Regierung die ihre zurückbeordert hatte, ist durch die Tatsache, daß das englische Verhalten durch den Verlauf und Ausgang des Dittmar-Wald-Prozesses eine völlige Rechtfertigung erfährt, nur noch verstärkt worden. Der Ausgang des Prozesses Dittmar-Wald berechtigt zu der Hoffnung, daß die moralische Position Frankreichs in der Frage der „Sanktionen“ eine weitere Erschütterung erfährt, und daß es dem Druck, der im Sinne einer baldigen Verminderung der gegen Deutschland ausgeübten moralischen und wirtschaftlichen Pressionen von allen Seiten auf es ausgeübt wird, sich nicht mehr allzulange wird widersetzen können.

Aus Oberschlesien

WZ Kattowitz, 16. Juli. In den ober-schlesischen Zeitungen wird heute ein Aufruf veröffentlicht, in dem gesagt wird: Das deutsche Plebiszitkommissariat hat seine Aufgabe erfüllt. Es stellt daher seine Tätigkeit mit dem 15. Juli ein. Die deutschen Parteien und Gewerkschaften haben nunmehr den deutschen Ausschuss für Oberschlesien mit dem Sitz in Kattowitz errichtet und zum Vorsitzenden einstimmig Dr. Lufatschel gewählt. Der Ausschuss stellt sich zur Aufgabe: Die Erfüllung der durch die Volksabstimmung erworbenen und durch den Friedensvertrag garantierten Rechte der Deutschen auf Befreiung Oberschlesiens bei Deutschland, die Erwirkung der baldigen Entscheidung über

höherer bemacht. ob ihr Streben beim noch keine Anzeichen habe. Streben in der Startanlage hochste es kann, um am Startanfang noch noch nicht das geringste zu sehen. Das brachte in die Startlinie der strebsameren.

Wolfram von Eschenbach

um größere Mithlungen zu erhalten. Der Schriftbewein wird in einem Fernschlüssel, nimmt einen Schlüssel als Gegenwert.

Die Mithlungen

folgt, daß sie als vereinigte Gattin über Gerichte, deren Schriftbewein vom Schönbom erachtet worden, anber-

Vom Lebensmittelwucher

(Die Situation in Württemberg auf dem Lebensmittelmarkt) Unser Stuttgarter Parteiorgan berichtet:

Nach den Bekanntmachungen der Württembergischen Landesverordnungsstelle bestehen immer noch folgende Höchstpreise:

1. Milch: Erzeugerpreis für 1 Liter Genusmilch 1.50 M, Kleinverkaufspreis in Stuttgart 2.25 M;

2. Butter: a) Handelsware I Verbraucherpreis in Stuttgart 16.80 M, sonst 16.40 M, Handelsware II 15.40 M, b) abfallende Ware 14.40 M, c) Landbutter 15.40 M, d) Butterfäsmalz 21 M;

3. Käse: a) Hartkäse 10 M, b) Schweizerkäse 7.70 M, c) Weichkäse (Bastard) 6.20 M (ebenfalls jeweils Kleinverkaufspreis).

Ueberschreitung ist als Freistreiberei strafbar.

Bei Butter und Käse ist nun aber schon ein neuer Preisausschlag im Gange. Gestern wurde nämlich in der Stuttgarter Markthalle württembergische Butter zu 21 bis 22 M und württembergischer Hartkäse zu 8 M das Pfund öffentlich verkauft.

Diese Butter und dieser Käse wurden angeblich von württembergischen Molkereien des Oberlandes geliefert, welche dem Verband der Genossenschaften des Schwäbischen Bauernvereins (Geschäftsstelle Ulm, Seelhofgasse) angehören.

Den Molkereien hat bekanntlich die württembergische Regierung gestattet, daß sie ihre Produkte zum Kleinhandelspreis verkaufen dürfen. Es ist klar, daß die Butter- und Käsehändler die zum Kleinhandelspreis eingekauften Milchprodukte nicht wieder zu diesem Preise verkaufen können.

Bei Butter, Handelsware I, beträgt der Ursprungspreis 14 M, der Zwischenpreis 14.60 M, bei Handelsware II 13 M bezw. 13.80 M, bei abfallender Ware 11.80 M bezw. 12.40 M, bei Landbutter 12.80 M bezw. 13.40 M, bei Butterfäsmalz 18.40 M bezw. 19 M für je 1 Pfund.

Bei Käse beträgt der Ursprungspreis bezw. Zwischenpreis: a) Hartkäse 8.30 M bezw. 8.70 M, b) Schweizerkäse 6.50 M bezw. 6.80 M, c) Weichkäse 5 M bezw. 5.30 M in ganzen Kästen, 5.40 M in angebrochenen Kästen für je 1 Pfund.

Auf dem Lebensmittelmarkt kann man aber auch beobachten, daß sich die Schleichhändler und Schieber eines großen Teiles der Produkte bemächtigen und diese in unkontrollierbare Ränge fließen lassen.

Wir können daher nicht verstehen, warum die Konferenz der Ernährungsminister in Stuttgart dem Antrag auf Aufhebung der behördlichen Genehmigung zum Großhandel mit Lebens- und Futtermitteln zustimmen konnte.

Dieser Plan muß mit allen Mitteln verhindert werden, zumal feststeht, daß die allermeisten Lebens- und Futtermittelgroßhändler keine Bücher führen und zum Teil nicht einmal ein einwandfreies Rechnungsbuch besitzen, wodurch dieselben ohne Zweifel schon Steuerhinterziehungen im Betrag von Millionen geltend machen können.

Triumphierend verbunden reiste und unzeuße Lebensmittelhändler heute schon die Verfolgung wegen Freistreiberei und Kettenhandel werde nun bald aufhören und die Amnestie für begangene diesbezügliche Vergehen siehe in Aussicht.

Wenn der Regierung noch ein klein wenig an dem Vertrauen der Verbraucher gelegen ist, so müge sie von der Aufhebung der Erlaubnis zum Lebensmittelgroßhandel und der Amnestie die Hand lassen.

Eine kommunistische Größe als Dezernent für die Kriegsbeschädigtenfürsorge

Schon seit längerer Zeit machte ein gewisser Dr. Max Rudolf, der durch den besetzten kommunistischen Stadtrat Stoll in Berlin in die Berliner städtische Kriegsbeschädigtenfürsorge hineingekommen war, ebenso durch seine dunkle Vergangenheit wie durch sein eigenartiges Benehmen unliebsames Aufsehen.

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge hatte unter Leitung des sozialdemokratischen Bürgermeisters Ritter und später des unabhängigen Stadtrats Schürle sehr zielbewußt und leistungsfähig gearbeitet. Das wurde anders, als der jetzige kommunistische Stadtrat Stoll zum Entsetzen aller orientierten Kreise an die Spitze der Kriegsbeschädigtenfürsorge gestellt wurde.

Eine der ersten Reformationen des Stadtrats Stoll war die Verufung eines fremden Herrn, der sich als „Dr. Rudolf“ bezeichnete, zum juristischen Hilfsarbeiter. Der Herr Doktor war selber Kommunist und der Freund aller radikalen Elemente.

Er konnte es denn auch bald zu bedeutendem Einfluß bringen und zum „Generalbezeren“ aufsteigen. Auffällig war nur, daß der Herr Doktor nicht in der Lage war, Zeugnisse über seinen Bildungs-

gang zur Nachprüfung vorzulegen, so daß niemand wußte, woher des Landes er kam. Als die Anforderung solcher Nachweise immer dringender wurde, brachte denn auch der Herr Doktor alle möglichen Zeugnisse bei, auch ein Doktordiplom. Leider waren sie sämtlich gefälscht, wie an dem Untersiegel einer polizeilichen Dienststelle in Breslau nachgewiesen wurde.

Ehe es aber zu dieser Feststellung kam, hatte der Herr „Generalbezeren“ das sehr wichtige Verfügungsrecht über die dem Weirat zur Verwaltung anvertrauten Mittel der Ludendorffspende (jährlich etwa bis drei Millionen Mark) ausgeübt.

Eine seiner ersten Amtshandlungen war, daß er Kriegsbeschädigtenakten über seine eigene Person anlegte. Er wußte sich einen Anspruch auf eine Rente mit hohen Prozentfüßen zu sichern. Abgesehen davon soll er sich eine Zuwendung von mehr als 3000 Mark als Darlehen für einen etwa zu erwartenden Rentenverlust bewilligt haben, wie man wohl annehmen darf, nicht ohne Einverständnis mit Herrn Stoll.

Weiter hatte sich der Herr „Generalbezeren“ durch Vermittlung des Notar Kreuzes einen Kuratentwurf in einem höchst auffälligen, heimlich verfaßt. So konnte er Ende Juni getrost in Urlaub gehen.

Mittlerweise beschäftigten sich die amtlichen Stellen mit dieser rätselhaften Persönlichkeit und es traf die Meldung ein, daß Dr. Rudolf in Widdach wegen zahlreicher Verfehlungen, Unterschlagungen, Urkundenfälschungen und anderer Vergehen verhaftet worden sei. Dabei ergab sich, daß Dr. Rudolf auch noch im städtischen Städtelagerwesen und in der Erwerbslosenfürsorge tätig war. Man will jetzt amtlich feststellen, auf wessen Veranlassung der Verhaftete mit Vertrauensstellungen in der städtischen Verwaltung bedacht worden sei.

Die „Karriere“ eines Kriegsmillionärs

Wie man Millionen verdient...

Vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin begann der Prozeß gegen den ehemaligen Chauffeur Edmund Brehl aus Hamburg, dessen Verhaftung im September 1920 größeres Aufsehen erregte.

Die auf gewerkschaftliche Gehälter lautende Anklage legt dem Angeklagten zur Last, mit einer großen Anzahl von Einräden im Berliner Westen und in Charlottenburg in Verbindung zu stehen, bei denen es die Täter namentlich auf echte Perleperle und Gold- und Silberwaren abgesehen hatten.

Der Angeklagte hat ein recht wechselvolles Leben hinter sich. Während des Krieges war er Chauffeur des damaligen Vizepräsidenten des Reichstags, Mayer. Zu gleicher Zeit betrieb Brehl mit einer unter dem Namen „Alfa“ bekannten Prostituierten in einem Keller in der Wilhelmstraße 5 a eine Schlagfabrik.

Da die „Schlagfabrik“ aus Leim, Gelsatine, Nullalajast und Wasser bestand, war dieses Geschäft, das mit 500 Mark gegründet war, in wenigen Monaten einen Verdienst von 225 000 M ab. Wie die Anklage behauptet, soll sich Brehl mit diesem Geld als Engroskäufer betätigt und in kurzer Zeit etwa eine Million Mark verdient haben.

Im Oktober 1919 kaufte er die Villa des früheren Oberstaatsanwalts in Düsseldorf für 220 000 M, um darin einen Spielklub einzurichten, der ihm, ehe er ausgehoben wurde, ebenfalls viele Hunderttausende Mark einbrachte.

Mit diesem Geld kaufte der Angeklagte in Hamburg ein der größten öffentlichen Häuser, das ihm in jeder Nacht 1500 Mark einbrachte. Schließlich betrug das Vermögen des ehemaligen Chauffeurs etwa vier Millionen Mark.

Da er die Beherrschung der Villa trotz dem weiterbetrieb wurde die Kriminalpolizei schließlich auf ihn aufmerksam und nahm eine Hausdurchsuchung vor, bei der neben 17 wertvollen Perleperlen mehrere Stoffe mit Silber- und Goldfäden beschlagnahmt wurden.

Brehl, der gegen eine hohe Kaution auf freiem Fuß belassen worden war, betritt jede Schuld, so daß zahlreiche Zeugen von außerhalb geladet werden mußten.

Die Verhandlung mußte jedoch vertagt werden, da die Rechtsanwältin Dr. Frey und Harz und Kurt Pincus unter Verzugnahme auf das Gutachten des Hamburger Gerichtsarztes Professor Dr. Meuter geltend machten, daß Brehl, der im Kriege einen Stich in den Kopf erhalten hatte, an schweren Krampfanfällen leide und zurzeit nicht verhandlungsfähig sei.

Das Gericht mußte deshalb die Verhandlung vertagen.

Aus der Partei Bezirkskonferenz

Am gestrigen Sonntag fand im „Auerhahn“ in Karlsruhe eine Konferenz der Bezirke des 5. und 4. badischen Landtagswahlkreises statt, soweit sie zum Geschäftsbereich des karlsruher Parteisekretariats gehören.

Die Konferenz war von 86 Delegierten — 71 aus dem 5. Landtagswahlkreis, 15 aus dem 4.

Landtagswahlkreis — besetzt, der Kreisvorstand war mit 8 Mitgliedern vertreten, die Parteipresse mit 2 Genossen, vom Bezirksvorstand war Gen. Sekretär Zimmermann, Mannheim erschienen, weiter nahm Reichstagsabg. Schöpflin an der Konferenz teil, sowie die Landtagsabg. Ratz und Weber.

Nicht vertreten waren 25 Orte vom 6. Landtagswahlkreis und 23 Orte vom 4. Landtagswahlkreis. Die Tagesordnung war eine sehr umfangreiche.

Im Mittelpunkt standen die bevorstehenden Landtagswahlen, worüber Gen. Parteisekretär Trinks das einleitende Referat hielt.

Der Redner behandelte in seinen Ausführungen alle die Fragen, die im bevorstehenden Wahlkampf im Vordergrund und Mittelpunkt der Debatte stehen werden, die Stellung der bürgerlichen Parteien zu diesen Fragen und die Haltung der sozialdemokratischen Partei hierzu.

Er schloß mit der Mahnung und der Bitte, daß sich alle Genossen im Kampfe zur Arbeit und zur Verfügung stellen möchten, damit unsere Ideen in jedem Ort des Bezirkes, in jedes Haus und jede Familie getragen werden können und der sozialdemokratischen Partei der Erfolg beschleunigt werde.

Die Aussprache über das Referat des Gen. Trinks war eine sehr ausgiebige, eine große Anzahl Genossen sprachen zu den angeführten Fragen.

Im Anschluß an diesen Punkt der Tagesordnung wurde ein von der Parteioberleitung Durack eingereichter Protest über die Abstimmung in der letzten Wahlkreisversammlung über die Abstimmung über die Wahl der Namen einer nachmaligen Abstimmung über die Reihenfolge der Namen auf der Kandidatenliste beschlossen wurde, welche Abstimmung lediglich vorgenommen wurde.

Der Protest war insofern von Erfolg begleitet, als die nunmehrige endgültige Abstimmung die Reihenfolge der Namen der Liste in verschiedenen Punkten wesentlich veränderte.

Den zweiten Teil der Konferenz füllte der von Gen. Parteisekretär Trinks gegebene Geschäftsbericht des Kreisverbandes aus und die Neuwahl der Kreis- bezw. Bezirksleitung. Gen. Trinks gab in seinem Bericht ein klares Bild von der Arbeit, die der Kreisverband und der Sekretär im abgelaufenen Geschäftsjahre geleistet hat.

Es fanden 2 Wahlkreisversammlungen statt, eine Frauenkonferenz, eine große Anzahl Unterbezirkskonferenzen, 18 Gemeindebeiratskonferenzen, gegen 200 öffentliche Versammlungen, 15 Frauenversammlungen, 1 Jugendleiterkurs und eine Jugendkonferenz.

Fruchtbare Arbeit wurde auf dem Gebiete der Bildung geleistet, es fanden 231 Bildungs- vortrags- statt, wozu noch die vielbesuchten und beliebten Lektüre-Vorträge kamen, deren 35 für Erwachsene und 30 für Kinder stattfanden.

In der Agitation für die Presse muß mehr getan werden, denn der Abonnementstand der Parteizeitungen steht nicht im Verhältnis zur Zahl der Arbeiter und auch nicht zur Zahl der Organisierten.

Die Mitgliederzunahme beträgt etwa 400, das nicht befriedigende Ergebnis ist bedingt durch die wirtschaftliche Lage. Zum Schluß machte Gen. Trinks noch Ausführungen bezüglich des geschäftlichen Verleches der Mitgliedschaften und Parteifunktionäre mit dem Parteisekretariat.

In der Aussprache unterließ Gen. Trinks besonders eindringlich die Ausführungen des Gen. Trinks bezüglich der Presse. — Zur Wahl des Kreisverbandes lag ein Antrag Durack vor, der verlangt, daß der Kreisverband sich nicht lediglich auf die Arbeit der Mitgliedschaft beschränke, sondern auch die Vorstände der Bezirke und Unterbezirke im Kreisverband vertreten sein sollen.

Der Antrag wurde angenommen. Der Kreisverband setzt sich zusammen aus 5 Mitgliedern der karlsruher Parteioberleitung und 8 Mitgliedern aus den Bezirken, je einem aus dem Bezirk Ettlingen, Rastatt, Durlach, Forstheim, Bruchsal, Bretten, Mosbach und der Parteisekretär und ein Vertreter des „Vollstreckungs“- kommen, so daß nunmehr der Kreisverband aus 18 Mitgliedern besteht.

Die Mitglieder werden in den betreffenden Wahlbezirken oder Bezirken gewählt.

Der letzte Punkt betraf die Stellungnahme zum deutschen Parteitag und Wahl der Delegierten hierzu. Wegen der bevorstehenden Zeit wurde beschlossen, von dem Parteitag, das Gen. Schöpflin halten sollte, abgesehen. Als Delegierter wurde Gen. Trinks-Karlsruhe einstimmig gewählt.

Damit war die Arbeit der Konferenz gegen 4 Uhr mittags beendet. Mit einem Schlußwort schloß der Leiter, Gen. Weber, die Tagung.

Bürgerliche Tragikomödie

Von Peter Scher. „Immerhin“ — sagte Sekretär Gerlich mit seinem dumpfen Kopf, „immerhin müssen wir mit dem Einrücken der Besatzungstruppen rechnen. In diesem Falle wäre die Frage anzumerken: Wie verhalten wir uns würdig, ohne herausfordernd zu erscheinen? Sie werden uns vielleicht zwingen, vom Trottoir herunterzugehen und die Offiziere mit dem Hut in der Hand zu grüßen!“

„Ja“, sagte Hauptkassenbuchhalter Stelzle temperamentalvoll — „ich für meinen Teil werde nie einen Franzosen zuerst grüßen — nie!“

In diesem Augenblick sahen alle erstaunt nach Rinsemann, dessen kleines Spitzmännchen vom Wiedererscheinen einer Eingebung erleuchtet und von Mitteilungsgier zum Zerplatzen gestrafft erschien. „Meine Herren“, brach Rinsemann los. „Ich sage weiter nichts als: Die hutlose Mode! Das ist doch einfach! Machen wir die hutlose Mode mit! Wer keinen Hut auf hat, braucht keinen abzunehmen, hihi!“

Alle waren einen Augenblick starr, dann sagte Sekretär Gerlich: „Alle Weiter, Rinsemann!“

„Ein Teufel, der Rinsemann!“

„So ein verdammt Diplomat!“

„Prost, Rinsemann — sollst leben!“

Rinsemann blähte sich begreiflicherweise zunächst ein bißchen und genoh seinen Ruhm. Dann sagte er: „Überlegen Sie es sich, meine Herren! Ich bin entschlossen, den Anfang zu machen! Immer wird dem Bürgertum — und zum Teil leider mit Recht! — der Vorwurf gemacht, daß es sich nicht zum Entschluß aufraffen kann. Es ist an der Zeit, daß einmal etwas getan wird, meine Herren! Morgen früh umge ich an. Prost, meine Herren!“

Es war leicht zu bemerken, daß Rinsemanns entschlossenes Wesen Eindruck machte. Indessen, wie es immer geht, wenn sich etwas zum Positiven verdrängen will, machten sich auch sogleich Angelegenheiten leiser Kritik und ausgleichender Opposition geltend, die binnen einer halben Stunde so weit gediehen war, daß der Katasterkontrolleur, als ihr Sprachrohr, zu erwägen gab, inwiefern die allgemeine Durchführung der Hutlosigkeit den Anschein einer Demonstration, um nicht zu sagen eines verbotenen Widerstandes, erwecken und zu drastischen Maßnahmen gegen die Bürgerschaft führen könnte.

Die Anschauungen gingen wesentlich auseinander; die Debatte wurde erregt, und es bildeten sich mehrere Gruppen,

die sich schließlich dahin einigten, daß jede für sich das Problem zunächst noch einmal reiflich erwägen solle, um die zweifellos gute Anregung, entsprechend ausgebaut oder eingeschränkt, den noch zu ernennenden Kommissionen zur endgültigen Beratung zu überweisen.

„Nicht anders zu erwarten, geriet Rinsemann bei alledem in einen Zustand tiefer Verbitterung, und er entfernte sich, als ein Einjammer, aber im Innersten entschlossen, vorzeitig und großartig aus der Gesellschaft, die nun natürlich mit hemmungsloser Kritik über ihn und seine Idee herfiel.“

Am anderen Morgen, als Rinsemann seinen Hut vom Galen genommen hatte, sah er seine vor ihm stehende Frau so abweisend an, daß sie erschrak.

„Karl“, sagte sie, „Du verdirbst mir etwas! Sag es mir! Ich würde keine ruhige Stunde haben, wenn Du es mir nicht sagst.“

„Unsinn“, sagte Rinsemann, ohne sie anzusehen — „was soll ich denn — was hast Du nur schon wieder!“

„Karl!“ rief sie um einen Ton höher.

Da nahm er sie bei der Hand und sagte: „Anna! Ich habe mich entschlossen —“

„O ich unglückliche Frau!“

„So hör doch auf!“ sagte er stark, „ich wollte Dir sagen — erschrick nicht, wenn Du mir aus dem Fenster nachsiehst — ich mache von heute an die hutlose Mode mit!“

„Fort war er.“

Frau Rinsemann sah ihn vom Fenster aus die Straße hinuntergehen, den schönen butterfarbenen Strohhut wie ein Perleperle an der Hand schwingend und schwebend tief in Gedanken. Hell spiegelte seine Glorie in der Sonne. Es war etwas in seinem Wesen, das sie tief erschreckte. Mein Gott, dachte sie er jetzt ihn wahrscheinlich nicht auf! Was nur die Leute denken sollen! Da glöhen sie schon bei Hauptkassenbuchhalter Stelzles! Mein Gott, was ist nur! Oh, ich unglückliche Frau! Wogu läuft er sich den teuren Strohhut, wenn er ihn in der Hand trägt und womöglich den Sonnenstich kriegt! Ich verstehe die Welt nicht mehr!

Rinsemann erlitt auf dem Wege zum Büro ein Martyrium, denn noch nie seit zwanzig Jahren war er auf diesem Wege mit dem Hut in der Hand betroffen worden, und es hätte der Kenntnis seiner politischen Ideen nicht bedurft, um sein Benehmen bestmöglich erscheinen zu lassen.

Es hieß aber das Wesen des Martyriums von Grund aus verkennen, wollte man annehmen, daß Rinsemann durch das

verständnislose, ja hämische Gebahren der anderen zu bestimmen gewesen wäre, seinen Plan nicht durchzuführen — ganz im Gegenteil.

Als ihn mittags Frau Rinsemann mit Tränen und gerungenen Händen beschwor, ihr fernherhin nicht die Schwäne anzutun, ohne Hut auf die Straße zu gehen, entbrannte er in männlichem Zorn, und es kam zu einer peinlichen Szene.

„Hauptkassenbuchhalter Stelzle sagte auch, daß es lächerlich ist!“ schrie sie erbittert. Darauf er in steigender Erregung: „Aha — daher weht also der Wind! Mit meinen Feinden verbindest Du Dich gegen mich! So ist es recht! Oh, diese Feiglinge! Komm ihnen mit einer neuen Idee, und Du bist ihrem Reich und ihrer Bosheit ausgeliefert. Niemals — niemals sollen sie mich wandend sehen!“

In der Folge bot Rinsemann mit dem ständig erhöhten Bewußtsein, einer Idee zu dienen, Tag für Tag offenkundiger seine Glorie den jenseitigen Straßen preis. Wie es nicht anders sein konnte, schloß sich auch bald da, bald dort ein jüngerer Kollege seinem Vorhaben an, und rascher, als Rinsemann gedacht hätte, fand sich die kleine Schar zusammen, deren es bedurfte, um einen Verein zu gründen. Sein Präsident hieß Rinsemann.

Die ehemaligen Freunde hatten sich mittlerweile ganz von Rinsemann zurückgezogen — teils wegen der immerhin nicht ausgeschlossenen Gefährlichkeit seiner Behauptungen, teils auch, weil ihre freie Zeit durch ständige Beratungen in den feinergetragenen Kommissionen völlig in Anspruch genommen war.

Als nun eines Tages die Entscheidung fiel, daß die Beratung, alle seine ehemaligen Freunde, deren Beratungen natürlich ohne positives Ergebnis bleiben waren, in Beschämung verurteilt zu sehen. Denn nunmehr wurde ihre Kompromittierung von der Allgemeinheit erkannt und niedriger gehalten, wogegen ihm, als einem mutigen Vorkämpfer der Tat, das Vertrauen des Bürgertums votiert und seiner Standhaftigkeit öffentlich Anerkennung gezollt wurde. Es war aber auch hohe Zeit, denn Rinsemanns butterfarbener Strohhut war von dem vielen in der Hand getragenen werden schon so brüchig geworden, daß er sich wiederholt mit bitteren Zweifel die Frage vorgelegt hatte, ob er es sich noch länger leisten dürfte, die hutlose Mode durchzuführen. Nichtsdestoweniger hatte er Annahmepflicht: „Wenn schon — dann laß ich doch wenigstens daheim!“

„Wenn ich auch ein Charakter bin, so weiß ich doch, was ich gehört!“

1. Die C...

2. Die...

3. Die...

4. Die...

5. Die...

6. Die...

Soeben...

zum Pro...

ein Rom...

erhalten...

nehmen w...

den und p...

der Schaf...

wort darge...

ritel, in d...

Stellung g...

ten mit di...

Genossen...

eil, Secu...

Berlin, Ma...

Das Bild...

bei der Ag...

dauiernem...

Die B...

wird im Ju...

den Preis...

handlungen...

Buch an, da...

schönen jug...

Ein...

anter Mitw...

her...

Der Part...

möglichst viel...

der Tag e...

Das neue...

Die sozia...

des arbeit...

taillierten...

Gesellschaft...

und damit zu...

gen und stillt...

Die fapir...

wirtschafts...

und nicht ein...

materielle...

wirtschaftliche...

im Ueberfluß...

Stend kämpe...

Der Wel...

waltung ver...

schick begri...

der Unterneh...

zweige durc...

Die Indus...

neue Epoche...

teilerungen...

wachsen; weit...

verbände un...

sionsleitung...

Produktions...

Erstzinsen...

Enorme...

und seine A...

Bourgeoisie...

Gewandterer...

gesellschaftl...

brückung auch...

entmen, Gesh...

der Kleinrent...

licher Exziten...

In der k...

ten, drängt...

den Einfluß...

stärkung der...

neuer interne...

Kriege herau...

Diese un...

wunden wer...

triebe, — so...

oder eine da...

Wahlstellung...

wirtschaftl...

Produktions...

kräfte in die...

höchsten tech...

digkeit erz...

denke Förd...

schaftlichen...

unbes arbeit...

publiz, die...

entschlossener...

ang des alte...

herrschaft.

Wie im...

aller Kultur...

falltes im S...

Selbstbestim...

wie die aller...

nationale Re...

ter als gleic...

Werkbund.

Die dar...

aber unvollst...

nale Aktion...

der Erkenntn...

Das gibt vor...

sterten Arbei...

August 1920...

brauc gebracht...

Das neue Parteiprogramm

Soeben ist vom Parteivorstand der Entwurf zu einem neuen Parteiprogramm ausgegeben worden. Wir geben nachstehend den Entwurf in vollem Wortlaut.

Zum Programmentwurf wird in etwa 8-10 Tagen ein Kommentar in der Stärke von rund 100 Seiten erscheinen, der zu allen Teilen des Programms Stellung nehmen wird. Nach einer Einleitung werden die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Deutschlands zur Zeit der Schaffung des Erfurter Programms wie in der Gegenwart dargestellt. Hieran werden sich anschließende 12 Kapitel, in denen zu allen Teilen des Parteiprogramms Stellung genommen werden wird. In dem Buche arbeiten mit die Genossinnen Tschacz und Bülf und die Genossen Adolf Braun, Cunow, Paul Girsch, Heil, Hermann Müller-Franken, Herrn. Müller-Berlin, Max Duarcq, Robert Schmidt.

Das Buch soll allen Genossen eine unentbehrliche Hilfe bei der Agitation sein. Eine Fülle von Material von neuem und großen Wert wird in dem Buche vereinigt.

Die Verlagsbuchhandlung „Vorwärts“ wird im Interesse der weitesten Verbreitung des Buches den Preis auf etwa 5-6 M festsetzen. Alle Parteibuchhandlungen nehmen schon jetzt Bestellungen auf dieses Buch an, das denen, die sich vormerken, sofort nach Erscheinen zugehen soll. Der Titel des Buches soll lauten:

Das S.P.D. Programm

Ein Kommentar des Programmentwurfes unter Mitwirkung zahlreicher Genossen und Genossinnen, herausgegeben von Adolf Braun.

Der Parteivorstand erwartet, daß die Parteigenossen an möglichst vielen Orten Versammlungen abhalten mit der Tagesordnung:

Das neue Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes, sie erstrebt die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die allgemeine höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes.

Die kapitalistische Gesellschaft hat sich zur Lösung dieser wirtschaftlichen und kulturpolitischen Aufgabe als unfähig erwiesen. Anstatt den Kopf- und Handarbeitern die Befriedigung ihrer materiellen und geistigen Lebensansprüche zu sichern, hat sie die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert. Einer kleinen Minderheit im Überfluß lebender Kapitalisten stehen große, mit Not und Elend kämpfende proletarische Schichten gegenüber.

Der Weltkrieg und das Verfall der Diktatur haben diese Entwicklung verschärft. Schräger denn je stehen sich Kapital und Arbeit gegenüber. Die in dem Wesen der kapitalistischen Wirtschaft begründeten Tendenzen der fortschreitenden Konzentration der Unternehmungen, der Monopolisierung wichtiger Industriezweige durch kapitalistische Gruppen sind noch verstärkt worden. In Industrie und Bankwesen, in Handel und Verkehr hat eine neue Epoche der Angleichungen und Verschmelzungen, der Kartellierungen und Vertrauungen eingesetzt. Hieraus sind erwachsen: weitere monopolistische Wirtschaftsgebilde und Kapitalverbände und gleichzeitig zunehmende Trennung der Produktionsleitung und der arbeitenden Massen vom Eigentum an den Produktionsmitteln und mit Vernichtung bisher selbständiger Existenzen.

Enorme volkswirtschaftliche Werte wurden durch den Krieg und seine Nachwirkungen zerstört. Zugleich wuchs eine neue Bourgeoisie aus Kriegslieferanten, Lebensmittelproduzenten und Geldwucherern empor. Diefem Aufstieg sozial verfallener, ja gesellschaftlich schädlicher Elemente steht gegenüber die Hinunterdrückung zahlreicher geistiger Arbeiter, weiter Schichten der Beamten, Gelehrten und Künstler, der Ingenieure und Kaufleute, der Kleinrentner und anderer früher selbständiger wirtschaftlicher Existenzen in proletarische Lebensbedingungen.

In der kapitalistischen Welt, vor allem in den Siegerstaaten, drängt diese Entwicklung des Wirtschaftslebens, indem sie den Einfluß des großen Finanzkapitals auf die Politik der Regierungen festsetzt, zu imperialistischen Ausdehnung, zur Eroberung neuer Anlagen und Absatzmärkte, sie verstärkt die Gefahr neuer internationaler Konflikte und beschwört weltzerstörernde Kriege herauf.

Diese unerträglichen Zustände können nur dadurch überwunden werden, daß die großen konzentrierten Wirtschaftskräfte, — soweit sie bereits zu Privatmonopolen geworden sind — aber eine das Wirtschaftsleben der Nationen beherrschende Machtstellung erlangt haben, — in die sozialistische Gemeinwirtschaft durch Vergeßenschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel überführt und zugleich alle im Volk vorhandenen Kräfte in planmäßigem Aus- und Aufbau der Produktion zur höchsten technischen Vollkommenheit und lebendiger Arbeitsfreudigkeit erziehen werden. Hierzu ist unerlässlich die entscheidende Förderung des Genossenschaftswesens sowie der wirtschaftlichen und politischen Widerstandsorganisationen der Klasse des arbeitenden Volkes, ferner die Festigung der deutschen Republik, die Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen, entschlossener Kampf gegen jeden Versuch zur Wiederherstellung des alten Obrigkeitsstaates oder einer neuen Minderheits-herrschaft.

Wie im Interesse des deutschen Volkes, so ist im Interesse aller Kulturvölker eine Revision des Gewaltfriedens von Versailles im Sinne wirtschaftlicher Erleichterung und nationaler Selbstbestimmung geboten. Die Lebensrechte unseres Volkes wie die aller anderen Völker sind zu schützen durch eine internationale Rechtsordnung, die getragen ist von einem alle Völker als gleichberechtigte Mitglieder umspannenden wirtschaftlichen Völkerverbund.

Die darauf in den einzelnen Ländern gerichtete Arbeit ist aber unvollständig, wenn ihr nicht zur Seite geht die internationale Aktion der werktätigen Bevölkerung aller Länder, die aus der Erkenntnis der Gemeinsamkeit ihrer Interessen erwächst. Das gilt vor allem für die politische und wirtschaftlich organisierten Arbeiter, wie es grundlegend in den Beschlüssen der im August 1920 zu Genf reorganisierten Internationale zum Ausdruck gebracht ist.

Von diesen grundsätzlichen Anschauungen ausgehend, fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands als Vertreterin des werktätigen Volkes:

Wirtschaftspolitische Forderungen

1. Die Sozialdemokratie geht von dem leitenden Grundsatz aus, daß das Interesse der Allgemeinheit dem des einzelnen oder dem einzelner Erwerbsgruppen voranzustellen ist.
2. Die sozialistische Gemeinwirtschaft erstrebt die Zusammenfassung der Betriebe und die Ausschaltung des kapitalistischen Privatbesitzes.

Zunächst sind die Bodenschätze und die Naturkräfte der privaten Ausbeutung zu entziehen, um sie im Dienst der Allgemeinheit nutzbar zu machen.

Bei allen Maßnahmen der Gemeinwirtschaft soll die möglichst hohe Ertragsleistung in der Produktion und die soziale Besserstellung der Arbeiter und Angestellten gewährleistet werden.

3. Staatliche Kontrolle der kapitalistischen Interessengemeinschaften (Kartelle, Syndikate, Trusts).

4. Ausbau der Betriebe des Staates und der sonstigen öffentlichen Körperschaften unter demokratischer Verwaltung.

5. Förderung der Verbraucherorganisationen, die nicht die Erzielung von Profit, sondern die uneigennütige Wahrung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder zur Aufgabe haben.

6. Bewegungsfreiheit für die geschäftliche Leitung der gemeinwirtschaftlichen Betriebe unter Fernhaltung bürokratischer Erziehung.

Regelung der Arbeitsbedingungen in gemeinwirtschaftlichen Betrieben durch Körperschaften, in denen zusammengefaßt die Vertreter der Arbeiter und Angestellten in gleicher Weise beteiligt werden wie die Verwaltung der Betriebe.

Bewegungsfreiheit gegen die Entscheidung dieser Körperschaften auf eine Zentralinstanz.

Breitere Unter Kontrolle des Staates bzw. anderer öffentlicher Körperschaften durch Vertretungen der Berufstätigen der weiterverarbeitenden Gewerbebranche und der Verbraucher.

7. Entschädigung bei der Ueberführung des Privatbesitzes in Gemeineigentum an den bisherigen Besitzer im Umfange des tatsächlichen Aufwandes der geistigen und körperlichen Arbeit.

Agarfragen

Zu Interesse der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und der Befestigung der privatkapitalistischen Grund- und Bodenbesitzer fordert die Sozialdemokratische Partei:

1. Für den Kleinbesitz den genossenschaftlichen Betrieb zur Ausnutzung landwirtschaftlicher Maschinen, Ankauf von Saatgut, Düngemitteln und anderer landwirtschaftlicher Bedarfsartikel.

Organisation des Verkaufs aller landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch die Genossenschaften; wo es im Allgemeininteresse liegt, Bildung von Zwangs-genossenschaften.

2. Enge Beziehungen der genossenschaftlichen Unternehmungen der Landwirtschaft zu den Konsumvereinen in den Städten.

3. Bereitstellung staatlicher Mittel für die Anleitung und Belehrung über die intensive Ausnutzung des landwirtschaftlichen Betriebes.

4. Allmähliche Ueberführung des Großgrundbesitzes in eine genossenschaftliche Betriebsform.

5. Förderung der Siedelung.

Urbanisierung von Oebländereien mit finanzieller Unterstützung des Reichs, der Länder und der Gemeinden.

Enteignung und planmäßige Bewirtschaftung unwirtschaftlich betriebener Landgüter durch Ueberleitung in genossenschaftliche Betriebe.

6. Keine Ueberführung des Grund und Bodens, der sich bereits im Besitz von Reich, Ländern oder Gemeinden befindet, in Privateigentum.

7. Verleihung eines weitgehenden Enteignungs- und Vorkaufsvorrechts gegenüber dem Grundbesitz zugunsten des Reichs, der Länder und Gemeinden.

8. Belebung des Grundbesitzes durch eine staatliche Grundrentenbank, Übernahme der Sicherheit über eine bestimmte Beleihungsgrenze durch Staat oder Gemeinden.

9. Scharfmachung der landwirtschaftlichen Arbeiter, Begünstigung der Rückwanderung der Arbeiter von der Stadt auf das Land durch gute Wohnungsfürsorge, ein gerechtes, freies Vertragsverhältnis, welches insbesondere die Sicherstellung des eigenen Bedarfs aus der landwirtschaftlichen Produktion und die Haltung eines eigenen Viehstandes gewährleistet.

Finanzen

Die Bedingungen und Auswirkungen des Versalles Friedensvertrages bestimmen in hohem Maße die finanzpolitischen Verpflichtungen des Deutschen Reiches und die Wege, die zur Aufbringung der Mittel für die Reparation eingeschlagen werden müssen. Nur ein spärlicher Weg bleibt frei für eine selbständige Finanzpolitik des Reiches und damit für programmatische Forderungen der Partei.

Die Sozialdemokratische Partei muß auch in diesem eng begrenzten Rahmen Sicherung und Weiterbildung der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuern wie ihre Anpassung an die Wertveränderungen und an die Leistungsfähigkeit des wachsenden Kapitals erstreben.

Schonung der Arbeitskraft und Belastung jedes verschwendlichen Ueberschusses, daneben progressive Gewinnbeteiligung der öffentlichen Gewalten an den für die Sozialisierung und nicht reifen Erwerbsunternehmungen, insbesondere an der kapitalistisch betriebenen Landwirtschaft sind als unerlässliche Forderungen zu betrachten.

Verfassung und Verwaltung

1. Sicherung und Ausbau der demokratischen Republik. Veranlassung aller Volksangehörigen zur verantwortlichen Mitarbeit am Gemeinwohl.

2. Ausbau der Deutschen Republik zum Einheitsstaat. Einheitliche Gesetzgebung und Verwaltung für die der Gesamtheit gemeinsamen Interessen und Aufgaben. Selbstverwaltung der Gemeinden und der zu höheren Selbstverwaltungskörpern gesellschaftlich organisierten Gemeindeverbände (Kreise, Bezirke, Provinzen). Uebertragung der Ausführung der Staatsgesetze auf die Organe der Selbstverwaltung unter Aufsicht des Staates. Beschränkung der Staatsaufsicht gegenüber den Selbstverwaltungskörpern auf die Beachtung der Gesetze und die Erfüllung der übertragenen Aufgaben.

3. Vollständige verfassungsmäßige und tatsächliche Gleichstellung aller mündigen Staatsbürger, ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, der Religion.

4. Direkte Wahlen der Gemeinde-, Bezirks-, Provinzial- und Volksvertretungen als oberste Behörden. Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems. Ausbau des Reichs der unmittelbaren Volksabstimmung.

5. Abolition jeder Diktatur einer Minderheit und der Verdrängung der demokratischen Volksvertretung durch herrschaftliche Organisation, Ausgestaltung des wirtschaftlichen Räte-systems, durch das die Arbeiter und Angestellten die Mitbestimmung im Wirtschaftsleben erhalten.

Kommunalpolitik

I. Gemeindeverfassung und Gemeindeordnung

- a) Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für Stadt und Land sowie eines einzigen einheitlichen Gemeindevertragskörpers für Leitung und Beratung aller Gemeindeangelegenheiten. Wahl dieser zugleich beschließenden wie leitenden und ausführenden Gemeindevertretung nach Artikel 17 der Reichsverfassung und Möglichkeit der jederseitigen Erneuerung durch kommunale Initiative, sowie Möglichkeit der Aufhebung und Abänderung ihrer Beschlüsse durch Volksabstimmung. An-

terstellung aller Gemeindebeamten unter die Gemeindevertretung. Wahl der Bürgermeister auf Zeit durch die Gemeindevertretung. Gewährung von Diäten an die Gemeindevertreter. Straflosigkeit für Neuwahlen in Ausübung ihres Amtes.

b) Bildung und Förderung großer und leistungsfähiger Kommunaleinheiten und Vereinigung von leistungsunfähigen Zwerggemeinden. Uebertragung aller Orts-, Kreis- und Provinzialgeschäfte zur selbständigen Besorgung an die entsprechenden Verwaltungsbehörden, namentlich der Verwaltungs- und Ordnungspolizei zur Verwaltung in eigener Zuständigkeit, Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beauftragung ungeselllicher Verwaltungsakte der Gemeinde. Befestigung des Bestätigungsrechtes der Aufsichtsbehörden für Organe, die von der Gemeinde gewählt oder von ihrer Vertretung gestellt werden.

II. Gemeindefinanzen

Der Gemeindebedarf wird gedeckt durch die Zuweisung von Anteilen an den Erträgen der Reichsteuern. Hierbei ist den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der einzelnen Gemeinden Rechnung zu tragen. Besondere Zuschüsse für alle Auftragsangelegenheiten, insbesondere für Schul- und Gesundheitswesen, Wohlfahrtspflege und Begehren. Recht zur Erhebung von kommunalen Steuern jeder Art, soweit ihre Einführung nicht ausdrücklich durch Gesetz verboten ist.

III. Schulwesen

Selbstverwaltung der Schullangelegenheiten durch die Gemeinden im Rahmen der Gesetze.

IV. Wirtschaftsbetriebe

Schaffung gesetzlicher Bestimmungen, die den Gemeinden in der Frage der Kommunalisierung freie Hand geben.

Sozialpolitik

1. Zur Steigerung der Arbeitskraft und Arbeitsfreude einen wirksamen Arbeiterschutz und Ausbau der Sozialversicherung auf nationaler und internationaler Grundlage. Betreffende Vollmachten für das internationale Arbeitsamt zur Verwirklichung dieser Aufgaben.

2. Ein einheitliches Arbeitsrecht.

3. Sicherung des Koalitionsrechts.

Inbesondere fordern wir:

- a) Gesetzliche Festsetzung eines Normalarbeitstages von 8 Stunden; Herabsetzung dieser Arbeitszeit in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Leben und Gesundheit der darin Beschäftigten.
- b) Verbot der für Leben und Gesundheit der Beschäftigten gefährlichen Arbeitsmethoden, sofern durch eine Umstellung des Betriebes die Gefahr beseitigt werden kann.
- c) Verbot der Nachtarbeit, sofern sie nicht durch technische Gründe oder im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt bedingt ist; unbedingtes Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche.
- d) Verbot der Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben, sowie an Maschinen mit besonderer Unfallgefahr.
- e) Verbot der Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder.
- f) Für jeden Beschäftigten eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 30 Minuten in jeder Woche.
- g) Barzahlung des Lohnes oder Gehalts. Bei einer Dienstreise oder Vertretung Unabhängigkeit des Mietvertrages vom Arbeitsverhältnis.
- h) Ueberwachung aller Betriebe und Unternehmungen durch Gewerbe- und Handelsinspektionen.
- i) Einrichtung von Reichs- und Bezirkswirtschafts- und sozialen Arbeiterräten, die den Arbeiterschutz durchzuführen haben und denen die Ermittlung über Arbeits- und Wohnverhältnisse, wie überhaupt der sozialen Verhältnisse in Stadt und Land obliegt.
- j) Umgestaltung der Arbeiterversicherung unter Zusammenfassung aller Versicherungsträger mit den Trägern der Kriegsbeschädigten-, Erwerbslosen-, Armen- und sonstigen Fürsorge zu einer allgemeinen Volkspflege.

Als vorläufige zu diesem Ziel führende Maßnahmen: Vereinfachung der Arbeiter- und Angestelltenversicherung, Selbstverwaltung der Versicherungsträger, Ausdehnung der Versicherung auf alle Erwerbstätigen und Bedürftigen, Anpassung der Leistungen der verschiedenen Versicherungsträger aneinander, allgemeine Einführung der Familienversicherung als Regelleistung der Krankenkassen.

Ausdehnung des Bergiffs Betriebsunfall auf die Berufskrankheiten und alle sonstigen beruflichen Schädigungen. Ausbau des vorbeugenden Heilverfahrens und der Einrichtungen zur Verhütung von Krankheiten und Unfällen. Allgemeine Mutterschaftsversicherung und Säuglings- und Kleinkinderfürsorge.

Arbeitslosenversicherung.

Schaffung von Hwerbeverbänden als Ausführungsorgane familiärer sozialer Leistungen.

Anerkennung und Ausbau der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten. Regelung der Dienstverhältnisse unter Mitwirkung der Beamtenräte. Anerkennung der Beamtengeverkschaften als wirtschaftliche Interessensvertretung. Revision des Disziplinarverfahrens. Freier Aufstieg der Beamten lediglich auf Grund ihrer Befähigung.

Gesundheitspflege

Uebernahme des gesamten Heil- und Gesundheitswesens in den Gemeindebetrieb unter Beteiligung jeglicher privatkapitalistischen Wirtschaftsbetriebe. Ausdehnung des vereinheitlichten Versicherungswesens auf alle Volksangehörigen. Uebernahme und Ausbau der Krankenkassen, Ambulatorien, Polikliniken und gesundheitslichen Fürsorgeeinrichtungen sowie aller sonstigen, der öffentlichen Gesundheitspflege dienenden Einrichtungen in Stadt und Land. Eingliederung der Ärzte, Hebammen und des übrigen Heil- und Krankenpflegerpersonals in die Gesamtorganisation des Heil- und Gesundheitswesens unter planmäßiger Verteilung auf Stadt und Land bei sorgfältigster Berücksichtigung der Arbeitsleistung und Arbeitsverhältnis unter Zuhilfenahme aller technischen Hilfsmittel. Sozialisierung der Apotheken und aller Stätten der Herstellung, des Handels und des Betriebs von Heilmitteln und Sanitätswaren. Unentgeltliche, würdige und gleichartige Totenbestattung in der Form der Beerdigung oder Einäscherung nach erfolgter Totenschau.

Wohnungswesen

1. Vergeßenschaftung des Grund und Bodens.

2. Vergeßenschaftung des Wohnungswesens. Ueberführung der Mietwohnungen und der für den Wohnungsbau notwendigen Grundstücke in die Verwaltung und den Besitz von öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Wohnungsbau und Aufbringung der hierzu erforderlichen Mittel durch diese Körperschaften.

3. Reichsgesetzliche Regelung des Wohnungs- und Siedelungswesens.

4. Bekämpfung der Wohnungsnot durch planmäßige Siedelungspolitik auf der Grundlage gartenstädtischer Ansiedlung.

Förderung einer gesunden Verkehrspolitik und einer zweckmäßigen Zentralisation der Industrie.

5. Bekämpfung des Wohnungslebens durch Befestigung ungesunder Wohnstätten. Reichsgefesliche Regelung der Obdachlosigkeit. Hebung der Wohnungskultur durch Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege.

6. Errichtung eines Reichswohnungsamtes, sowie von Landes- und Ortswohnungsämtern. Betrauung dieser Ämter mit der Aufsicht über das gesamte Wohnungs- und Siedlungswesen.

7. Sozialisierung des Baugewerbes und der Baustoffindustrien.

NB. Der Vorschlag unter Ziffer 1 wird zurückgezogen, falls er von der Unterkommission für das Agrarprogramm vorgeschlagen sein sollte.

Rechtspflege

Die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft bedingt eine neue Rechtsordnung: Ueberwindung der herrschenden privatrechtlichen durch eine soziale Rechtsauffassung, Unterordnung des Vermögensrechts unter das Recht der Person und das Recht der sozialen Gemeinschaft.

Aus diesem Ziele ergibt sich als Aufgabe der Kampf gegen Klassenjustiz und kapitalistisches Recht.

Für die Organisationen der Rechtspflege fordern wir: die Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz, Erziehung zu allgemeiner Rechtskenntnis, vollständige Gesetzesprache, Zusammensetzung des Richterstandes aus allen Volksschichten, Zulassung der Frauen zu allen Justizämtern, Neuordnung des juristischen Bildungsganges in sozialistischem Geiste, schließliche Uebertragung der gesamten Justiz auf das Reich.

Für das Strafverfahren fordern wir: volles Parteirecht des Angeklagten, Beschränkung der Untersuchungsphase, Ausdehnung der notwendigen Verteidigung, Berufung in allen Strafsachen, erleichterte Wiederannahme, Entschädigung aller unschuldig Angeklagten und Verurteilten, Festgenommenen und Verhafteten, erweiterte Zulässigkeit der Privatklage.

Für das Zivilprozess fordern wir: gleiche Rechtssicherheit für große und kleine Streitwerte, unentgeltliches Güterverfahren für alle Streitigkeiten, Regelung der Rechtsvertretung ohne Beschränkung auf Anwälte und unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitersekretäre, Verstärkung des richterlichen Einflusses im Verfahren, menschlichere und wirtschaftlichere Zwangsvollstreckung, bessere Sicherstellung des Klagerrechts der Armen.

Für das Strafrecht fordern wir: Schutz und Erziehung, nicht Vergeltungsstrafrecht; für Jugendliche Erziehung statt Strafe; Abschaffung der Todesstrafe und der lebenslänglichen Freiheitsstrafe; Geldstrafe nach Steuereinheiten; bei Unvermögen Recht der Abarbeitung statt Freiheitsstrafe; Ausgestaltung der bedingten Verurteilung; Wiedergutmachung neben oder statt der Strafe; Berücksichtigung des Rechtsirrtums; Strafmilderung oder Strafausschließung bei wirtschaftlicher Notlage; Beseitigung der zwingenden Strafmaß; scharfe Abgrenzung aller Tatbestände; erhöhter Schutz der Person, insbesondere auch ihrer Arbeitskraft und ihrer wirtschaftlichen Rechte; einheitlicher Ausbau des Wucherstrafrechts; Verstärkung roher Disziplinarstrafen; Vermeidung oder Verwahrung gemeingefährlicher Delikte.

Für das Privatrecht fordern wir: ein besonderes Arbeitsgesetzbuch; ein besonderes Miet- und Wohnungsgesetzbuch; Neuordnung des Rechts der Hausangestellten; Einschränkung des freien Vertrags nach sozialem Bedürfnis; Neuordnung des Bodenrechts im Sinne des Obergeneigentums der Allgemeinheit; Gleichstellung von Mann und Frau im Familienrecht; erleichterte Ehecheidung; Beseitigung der Minderberechtigung der unehelichen Kinder; verstärkte öffentliche Aufsicht über die elterliche Erziehung; Uebernahme der Fürsorgeerziehung auf Staat und Gemeinde; Begrenzung des Erbrechts; Erbrecht des Staates; Beteiligung der Allgemeinheit am Ertrage des Arbeiterrechts; Schutz aus des abhängigen Erfinders; Neuordnung des Trennschieds.

Kulturpolitik

1. Alle Erziehung ist Aufgabe der Gemeinschaft, Familien- und Erziehungsaufsicht anvertraute Gemeinheitsaufgabe.

Das Ziel der Erziehung ist der sozialistische Mensch, die Persönlichkeit als Glied der Gemeinschaft, der Gemeinschaft auf dem Boden der Arbeit.

Mittel aller Erziehung ist selbstgestaltendes Gemeinschafts- und Arbeitsleben, die Schule eine Arbeits- und Lebensgemeinschaft.

Neben dem einheitlichen Bau des Bildungswesens von der Grundschule bis zur Hochschule dienen besondere Bildungsinstitutionen für erwachsene Volksgenossen der Ausbildung zu führender Arbeit im Gemeinheitsleben und zu schöpferischer Mitarbeit an der sozialistischen Zukunftskultur.

2. Die Jugendhilfe ist zu einem selbständigen öffentlichen Arbeitsgebiet mit eigenen beamteten Organen auszugestalten.

Sie beginnt mit dem werdenden Kind und endet mit dem Eintritt der Volljährigkeit.

3. Die Jugendbewegung, das sich nach eigenem Gese gestaltende Persönlichkeits- und Gemeinschaftsleben der Jugend, ist als schöpferische Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung zu werten.

4. Religion ist Privatsache, Sache innerer Ueberzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatsache. Trennung von Staat und Kirche. Weltlichkeit der Schule. Anerkennung jeder überkommenen oder werdenden Ueberzeugung.

Völkerbeziehungen und Internationale

1. Nationale Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts.

2. Ein Völkerbund, der kein die Völkerbündnisse anerkenndes Volk ausschließt. In seinen Rat sind Delegierte der Parlamente nach der Stärke der Parteien zu entsenden.

3. Ausbau des Völkerrechts. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Errichtung eines internationalen Schiedshofes. Internationalisierung aller Wasserstraßen, welche Meere und von verschiedenen Staaten umschlossene Seen untereinander und mit dem Meere verbinden.

4. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes und Durchführung des Grundgesetzes der offenen Tür für diese Gebiete.

5. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.

6. Entscheidungen der Volksvertretungen über den Abschluß aller Verträge mit fremden Staaten unter Ausschluß aller Geheimverträge.

7. Eine von den Grundfäden des freien internationalen Austausch geleitete Handels- und Verkehrspolitik.

8. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes mit dem Ziele der Herabsetzung der Wehrmacht auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten erfordert. Verpfllichte Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke.

9. Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens und der Verwirklichung eines internationalen Völkerrechts.

Aus dem Lande

Forchheim b. Karlsruhe, 1. Juli. Beim Korneinfahren stürzte die Ehefrau des Fabrikarbeiters David Burkhart von dem hochbeladenen Wagen ab, wurde überfahren und sofort getötet.

Forchheim, 16. Juli. Für den Forchheimer Ausflugsvorkehr werden jetzt ebenfalls Sonntagsfahrten versuchsweise eingeführt.

Schoßheim, 16. Juli. Unglücksfall. Einem Unglücksfall ist die hier wohnhafte 84jährige Kreiermutter Verona Kall zum Opfer gefallen. Die alleinstehende Greisin hatte ihr Augenlicht fast ganz verloren. In der Nähe der Stadt stürzte sie über einen 8 Meter hohen Felsen ab, sie fiel in die Tiefen und erlag anderen Tages ihren Verletzungen.

Staufen, 16. Juli. Bei einem Gemitter wurde der vom Felde heimkehrende 21jährige Sohn des Landwirts Adolf Bros von einem Misttrakt getroffen und sofort getötet.

Altenhofen b. Donaueschingen, 16. Juli. Aus Furcht vor Strafe wegen Beteiligung an einer Kauferei hat sich der Landwirt Gustav Münch erhängt.

Staufen, 16. Juli. Auf der Wanderung ist der 62jährige Schuhmacher Franz Kapp, gebürtig aus Bühlertal einem Stippschlag erlegen.

Vom Oberrhein. (Fremdenverkehr.) Der Fremdenverkehr im Seegebiet hat in den letzten Tagen stark zugenommen und die Sommerfrischen sind sehr begehrt. Auch die kleinsten Orte haben Fremdenverkehr. Besonders sind es norddeutsche Familien und Rheinländer, die hierher kommen. Dabei ist es bekannte Tatsache, daß im Norden die Lebensmittelpreise vielfach billiger sind, als im Bodenseegebiet.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 18. Juli.

Geschichtskalender

18. Juli. 1721 Der franz. Maler Antoine Watteau in Rogent. — 1811 Thackeray, engl. Romanist, Schriftsteller, in Kilkenny. — 1870 Verkündung des Dogmas der päpstlichen Unfehlbarkeit.

Karlsruher Parteinachrichten

Bezirk Weststadt, Mittwoch, 20. Juli, abends 1/8 Uhr Bezirksversammlung im „Württemberg Hof“, Ecke Althand- und Goethestraße. Tagesordnung: Vortrag des Gen. Böhringer; Bericht von der Bezirkskonferenz und Geschäftsliches. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollständiges Erscheinen erwünscht.

Protokollversammlung der Fliegeropfer

Bereits drei Jahre sind seit dem Kriegsende vergangen und doch immer ist die Fliegerbeschädigtenfrage noch nicht erledigt, trotzdem unter den Fliegeropfern und ihren Familien oft große Not herrscht. Wie hoch die Verluste sind, geht schon daraus hervor, daß allein in Karlsruhe 168 Tote, darunter 67 Kinder, sowie 324 Verwundete als Fliegeropfer zu beklagen sind. Nun ist ein Gesetzentwurf für Fliegerbeschädigte herausgegeben, der jedoch völlig ungenügend ist.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen hatte deshalb auf Samstag abend eine Protokollversammlung der Fliegerbeschädigten in den „Elefanten“ einberufen, um gegen den Entwurf zu protestieren. Die Versammlung war gut besucht und wurde vom Vorsitzenden des Reichsbundes, Herrn Schilling, geleitet.

Das einleitende Referat hatte Herr Schriftföhrer Bönsel übernommen, der in sachlichen, wirkungsvollen Ausführungen die Verschleppung der Fliegerbeschädigten in der Entscheidung der Fliegerbeschädigten, sowie seiner allerdings erfolglosen Bemühungen zur Erreichung eines befriedigenden Ergebnisses darlegte. Redner ging sodann auf die nunmehr vorliegenden Gesetzentwürfe, der sich an das Reichsverordnungsgefes anlehnt, ein, den er als völlig unzureichend bezeichnete. Dies trifft nicht nur bei den Renten zu, sondern auch in seinem sonstigen Inhalt. Besonders sei die Bedürfnisklausel zu kritisieren und daß für die getöteten Kinder unter 14 Jahren überhaupt nichts und für die verletzten Kinder nur Heilbehandlung gewährt werden soll. Wenn das Reich für Kriegsschiffe Geld habe, so müsse auch für die Fliegerbeschädigten solches da sein, die ebenso behandelt werden müssen wie die Kriegsbeschädigten und alle Kriegsopfer. Die Ausführungen des Referenten fanden alleseitige Zustimmung.

Herr Gerstner legte den Standpunkt des Reichsbundes in der Fliegerbeschädigtenfrage dar und versicherte, daß derselbe mit allen Mitteln für die Fliegerbeschädigten eintreten werde. Notwendig sei aber der Zusammenschluß aller Fliegerbeschädigten.

Auch diese Ausführungen fanden sehr beifällige Aufnahme. Die Diskussion an die Vorträge war ein sehr erregtes. Es kam so recht die Empörung über das Hinusschieben der Beschädigtenregelung sowie über den Gesetzentwurf für Fliegerbeschädigte zum Ausdruck.

Zum Schluß gelangte nachstehende Resolution einstimmig zur Annahme:

Die heute, 16. Juli 1921, in Karlsruhe tagende Versammlung der Fliegerbeschädigten nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Gesetzentwurf des Personal-Schiedengesetzes, welches seinem Inhalt nach in keiner Weise den berechtigten Wünschen der Beschädigten und Hinterbliebenen entspricht. Wie eine derartige geringe Entschädigung von Menschenleben zustande kommen konnte, ist jedem objektiven denkenden Menschen unverständlich. Die Versammelten erheben klaren Protest gegen diesen Entwurf und erwidern von der Reichsregierung, daß an demselben eine kräftige Korrektur vorgenommen werden wird.

Von den Vertretern aller Parteien im Reichstag erwarten wir, daß sie diesem Entwurf ihre Zustimmung verweigern und nur für nachfolgende Forderungen zugunsten der Betroffenen eintreten:

1. Eine einmalige Entschädigung für jedes getötete Kind, die nicht zu nieder bemessen sein darf;
2. Für die getöteten Erwachsenen, Familienväter usw. eine laufende Rente in der Höhe, daß die Hinterbliebenen keine Not leiden müssen;
3. Entschädigung der Verkrüppelten und dauernd Beschädigten nach dem Grade ihrer Erwerbsunfähigkeit;
4. Vergütung aller Reparaturen oder Erneuerungen von künstlichen Gliedern.
5. Bei allen diesen Maßnahmen, ist die Bedürftigkeit nicht in Betracht zu ziehen.

Alle Anfragen sind von jetzt ab an die Geschäftsstelle des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Weierheimer Allee 10, zu richten. Dasselbst werden auch Anmeldungen entgegengenommen. Sprechzeit: 6—8 Uhr abends.

NA. Auftreten der Ruhr. Da neuerdings in dieser Stadt wieder Ruhrerkrankungen auftreten, wird die Bevölkerung zur genaueren Beachtung der von den staatlichen Behörden im einzelnen Fall getroffenen Anordnungen und der bekannten allgemeinen Schutzmaßregeln ermahnt. Es empfiehlt sich, sich bei dem Genuß von Obst und Salat, die vorher über gewaschen werden sollen. Obst sollte zur Zeit besser nur in gelocktem Zustand genossen werden. Auch soll unvergärlig abgekühlte Milch schon bei anstehendem leichten Darmstörungen in Anspruch genommen werden. Kranke sind möglichst umgehend ins häusliche Krankenbett einzuliefern, wo dies nicht angeht, abzuwandern. Alle Abgänge, vor allem der Stuhl, sowie Nachgeschwür, Stuhlflüssigkeit und dergl. sind gründlich zu desinfizieren. Am einfachsten läßt sich dies ausführen mit Kalziumlauge. Diese wird bereitet, indem frisch gekochter Kalk unzerkleinert in ein geräumiges Gefäß gelegt und mit Wasser in der halben Menge des Kalkes gleichmäßig befeuchtet wird; er zerfällt hierbei unter starker Erwärkung zu Kalkpulver. Diesem Kalkpulver wird unter fortwährendem Umrühren Wasser zugegeben und zwar 3 Liter Wasser zu 1 Liter Kalkpulver. Die Kalkmilch ist vor dem Gebrauch ungeschüttelt und ungerührt. Die Kalkmilch in den meisten heißen Baugegenden erhältlich sein; zur Abgabe gegen 7 M für den Kubel haben sich ausdrücklich bereit erklärt die Baufirmen: Ferd. Dold, Rheinstraße 21, A. F. Nagel, Sothenstraße 116, Josef Held, Südenstr. 24, Wilhelm Stober, Kuppelrerrstr. 13.

Ein weiterer Todesopfer des Magauer Eisenbahnunglücks Am Samstag erlag der bei dem Eisenbahnunglück verunglückte Lokomotivführer W. Brandenburger seinen Verletzungen. Somit haben jetzt 3 Eisenbahnbeamte ihr Leben eingebüßt.

Wagnerische zwischen Deutschland und Deutsch-Oesterreich. Entsprechend dem im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages geäußerten Wünschen soll der Rätevertrag zwischen Deutschland und Deutsch-Oesterreich auf das allgeringste notwendige Maß herabgesetzt werden. Eine völlige Beseitigung des Rätevertrages scheint noch nicht angängig.

Wohlfahrt mit Oberpfälzern. Nach Orten des bisherigen Aufstanzgebietes in Oberpfälzern sind Postsendungen aller Art wieder zugelassen. Die Vergrenzung für Briefe und Pakete wird jedoch auf einstufigen Markt beschränkt, weil die Verkehrsbehinderung noch nicht völlig wieder beseitigt ist.

Tagung der Milchhändler. Der Reichsverband Deutscher Milchhändler tagt in der Zeit vom 28. bis 30. Juli in Karlsruhe.

Herabsetzung der Petroleumpreise. Die deutsche Petroleum-Einfuhr-Gesellschaft haben die Petroleumpreise um 65 Pfennig pro Liter herabgesetzt. Der Preis stellt sich demnach jetzt auf 4 M das Liter.

Stadttagungsbericht. Am Dienstag, den 19. Juli, abends 8 Uhr, findet im Stadigarten ein Doppellonzert des Solonartett der Röhler Oper und des Musikvereins Garmanns statt. Die Eintrittspreise sind nicht erhöht.

Selbstmordversuch. Am 16. Juli 1921, vormittags 8 Uhr gab ein in der Bachstraße wohnhafter 16 Jahre alter Schlofferlehrling zwei Schüsse auf sich ab. Während ein Schuß fehlging, drang ihm der andere oberhalb dem rechten Auge in den Kopf. Der junge Mann fand Aufnahme im städt. Krankenhaus. Das Notoz war tot und unbekannt.

Unfall. Am 16. Juli, vormittags 8 Uhr, erlitt ein 18 Jahre alter Schlosser in einer hiesigen Fabrik dadurch einen Unfall, daß er beim Transport eines Maschinenrahmens den rechten Fuß unter ein Rad des Transportwagens brachte. Er erlitt eine starke Entzündung des Fußes und wurde mittels Krankenauto nach dem städt. Krankenhaus verbracht.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 18. Juli 1921

Vorausichtige Witterung bis Dienstag nacht: viel Wind, Gewitter, zunächst nur geringe Abkühlung.

Wasserstand des Rheins

Schiffersinsel 1,27 Meter, gest. 7 Zentimeter; Rehl 2,09, gest. 2; Maxau 3,63; Mannheim 2,36, gest. 4.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Ueberlicht und Rechte Nachrichten Hermann Adel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Z ZUBAN

Zuban Zigaretten

nur aus reinen edlen Orienttabaken

Z ZUBAN



Ein S...

Im ja... wie... sich der... nach der... vereinten... weel immer... bringt laun... Quellen bi... Sprengschü... sich in die... voller Entf...
In die...
Kaiserfr...
voll sich...
heim, Hei...
Bänderer...
die frühli...
hier zusam...
den mit Lu...
sch wie a...
wenigsten...
plaudert u...
was aufzu...
So en...
triebent...
wollt und...
„Lauder“,...
Ezepter...
kommen...
bedurften...
ihnen die...
— unter...
er mehr...
Reißt näh...
weibliche...
Schuler...
ner lieber...
sonnti sich...
der sich ni...
Unter...
sagenfallen...
und Heiter...
führten...
wurde Hoff...
schon des...
das er da...
Gleich im...
ihnen ein...
tur liegen...
er den zu...
anzug zu...
Mittler...

Der B...

Heidel...
Kauz...
die ihn als...
geweinter...
wichtige...
hatte der...
eingehebe...
gewohnt...
in einer...
alles mög...
Oberbürger...
Werner m...
netz, sein...
dem eine...
wurde fest...
ner bereit...
Damit war...
gefunden...
gekauft...
nannten...
ständnis...
schlechtig...
seien; mit...
Unterfuch...
schichte, w...
gwei unbel...
erklärt hat...
ihn zu gen...
bestimmen...
Redarels...
steigen, w...
dabei einge...
die beiden...
Kaufsch...
meistert...
Siefert so...
Die Unter...
sen. — D...
freigelassen...
stehen.

Kaiser...
infolge der...
Sichbestan...
Landa...
wird ein...
ursache g...
des Viehes...
das Pfund...
Ludwi...
den Karlo...
halb die...
Während...
trug der...
Münch...
igen Volk...
banbuhr...
der Akt gu...

Carl Schöpf Markt- platz.

Großer Inventur-Ausverkauf vom 11. Juli bis 21. Juli.

Der Ausverkauf umfaßt alle Abteilungen. Er bietet allen Kreisen der hiesigen und auswärtigen Bevölkerung, denen eine große Ersparnis willkommen ist, besonders wertvolle Gelegenheit, ihre Bedürfnisse in Bekleidung, Neuerrichtungen und Ergänzungen nicht allein für den jetzigen, sondern auch für den späteren Bedarf recht vorteilhaft einzukaufen. Um den Zweck der Veranstaltung — möglichst vollständige Räumung der alten Bestände — zu erzielen, sind ohne Rücksicht auf bezahlte Einkaufspreise und die neuerdings seitens der Fabrikanten angekündigten wesentlichen Mehrforderungen

ganz gewaltige Preisherabsetzungen

vorgenommen worden.

Damen-Bekleidung

Jackenkleider 95.— bis 1500.—
 Taillenkleider, Wolle u. Seide . . . 125.— bis 1275.—
 Waschkleider, Musselin- und
 Dirndlstoffe 58.— bis 750.—
 Waschlinsen 19.50 bis 275.—
 Seldene Blusen 125.— bis 450.—
 Kostüm-Röcke 19.50 bis 375.—

Regen- und Staubpaletots . . . 165.— bis 350.—
 Seldene Mäntel 295.— bis 750.—
 Uebergangsmäntel 145.— bis 850.—
 Schwarze Tuchmäntel 195.— bis 850.—
 Strick- und Sportjacken 158.— bis 575.—
 Kinderkleider 35.— bis 175.—

Manufaktur-Waren

Hauskleiderstoffe 9.50 bis 28.—
 Einfarb. woll. Kleiderstoffe . . . 26.50 bis 175.—
 Kostümstoffe, 130 cm breit . . . 14.50 bis 150.—
 Blusenstoffe 12.50 bis 35.—
 Waschkleiderstoffe 8.75 bis 17.50
 Mantelstoffe 26.50 bis 89.—
 Hemdenperkal und Zeffir 11.50 bis 21.50
 Hemdenflanell 8.50 bis 19.50
 Hemdenessal, gestreift 4.90 bis 9.75
 Schürzenstoffe, ca. 120 cm breit . 19.50 bis 26.50

Ausstener-Waren

Weiße Hemdentuche Mtr. 9.80 bis 16.50
 Bettuchstoffe Mtr. 21.80 bis 28.50
 Bettuchhalbleinen Mtr. 35.50 bis 55.—
 Bettendamaste 130 cm br. m . . 29.50 bis 48.50
 Weiße u. farb. Handtuchstoffe Mtr. 7.50 bis 16.50
 Bedruckte Bettkittune Mtr. 9.50 bis 16.50
 Bettbarchent, Kissenbreite Mtr. . 16.50 bis 26.50
 Bettbarchent, Deckbreite Mtr. . . 28.50 bis 48.—
 Weiße Damenemden . . . Stück . 21.50 bis 65.—
 Weiße Herr.-Einatzhemden St. . . 28.50 bis 59.—

Ca. 5000 Mtr. Herren- und Knaben-Anzugstoffe Meter . . 2650 2950 39.— 58.—
 Ca. 375 St. 1/2 wollene Bettdecken, schöne, neue Jacquardmuster St. . 7950 85.— 118.— 138.—

Durch vorstehende Preise allein werden die Vorteile die ich biete, nicht genügend vor Augen geführt. Jeder Interessent sollte sich — ohne jede Verbindlichkeit — in meinem Geschäft von der außerordentlichen Billigkeit meiner Angebote selbst überzeugen. Frühzeitiger Einkauf, besonders in den Vormittagsstunden, kann nicht genug empfohlen werden.

Bekanntmachung.

Während der Sommer-Ferien finden 2 Schreibkurse für Schüler statt. Wegen Einteilung erbitte jetzt schon Anmeldungen. Fachschreibschule F. Beck, Lessingstrasse 78. 5201

Mausser

redet die **Wahrheit**
 den 18. und 19. Juli
 jeweils abends 8 Uhr im
 Gasthaus zum Löwenrachen
 Kaiser-Passage. Eintritt 3 Mk. 5233

Manisjettenhalter

Elegant, mehr. gef. gesch. befestigt alle beim Tragen der Manisjetten zutage getretenen Rißränder. Preis der Paar bern. Mt. 8.50, vergold. Mt. 10.50; mit Monogram Mt. 5.— mehr. Verl. gegen Vorkauf d. Betrages auf mein Postkontokonto Köln Nr. 4661, oder Nachn. zuglgl. Porto. Wiederverkäufer erhält Sonderofferte. Heinrich Geisler, Köln-Mülheim, Schiffschiff 2. 12

Waltharius Hienfong-Essenz

(Destillat) 12 Fl. 25 Mk., 30 Fl. 60 Mk. franko. In Apoth., Drogerie, sonst dir. v. Laborat. E. Walther, Halle a.S.-Trotha

Englische Gummipelerinen

nur wenig gebraucht, in tadellosem Zustande, zur Herstellung von kompl. Gummimänteln besonders geeignet, zu Mt. 50 p. Stück bieten an

Handelsgesellschaft für Landwirtschafts- u. Industriebedarfsartikel

mit beschränkter Haftung 1651*
 Köln-Braunsfeld, Stolbergerstr.

Reparaturen

an Uhren Gold- und Silberwaren unter Garantie bei
 Carl Zepfel, Uhrmacher, Morgenstr. 12. 6239

Durlacher Anzeigen.

Kleinerkaufpreise für Obst und Gemüse
 für die Zeit vom 19. Juli bis 25. Juli 1921.

Erbsen mit Schoten	100-120 Bfg.
Gelberbsen ohne Kraut	70-90 Bfg.
Kartoffeln (Freiland)	20-60 Bfg.
Kohlrabi	60 Bfg.
Kangold	40 Bfg.
Radieschen	15-25 Bfg.
Kettisch	20-40 Bfg.
Erbsenmehl	5-10 Bfg.
Erbsenmehl	50-80 Bfg.
Salatgurken	180 Bfg.
Spargelbohnen	200-240 Bfg.
Stangenbohnen	220-260 Bfg.
Maibärben	70 Bfg.
Rote Rüben mit Kraut	40-60 Bfg.
Spinat	60-80 Bfg.
Zwiebeln	80-100 Bfg.
Wirsing	50 Bfg.
Weißtraut	70 Bfg.
Kartoffeln (neue)	80-100 Bfg.
Wassermelonen	120 Bfg.

Vorliegende Preise wurden im Benehmen mit der Preisprüfungscommission Karlsruhe festgelegt. Ihre Überprüfungen sind übermäßige Preissteigerungen angesehen und verboten.
 Durlach, den 16. Juli 1921. 1649
 Städt. Preisprüfungsamt.

Konsumverein Durlach und Umgegend

Zur gegenwärtigen heißen Jahreszeit empfehlen wir:
 Most, per Liter Mt. 2.60
 Mostanfaß, so lange Vorrat zum alten Preise.
 Rot- und Weißweine.
 Eindümpfgläser und Einlochkocher-Apparate zu herabgesetzten Preisen.
 Leiter- und Kastenwagen

Wegen der Jahresabrechnung bitten wir unsere Mitglieder ihre Rückvergütungsscheine und Mitgliedsbücher bis Montag den 18. Juli in ihren Verkaufsstellen abzugeben.
 Der Vorstand.

Bürgeramt gesucht.

Suche zum Bürgeramt für Samstag nachmittag eine jüngere Frau. Zu erfragen Lauterbergstraße 3, beim Hausmeister. 5228

Wanzil

gegen Wanzen
 Nichts anderes nehmen!
 In Apotheken, Drogerien und Buchhandlungen

Maistatter Anzeigen.

Die Mitglieder des Bürgerausschusses werden zu einer Sitzung auf

Mittwoch, den 20. Juli 1921, nachmittags 5 1/2 Uhr.

1. Verlesung der Rechnung der städtischen Sparkasse für das Jahr 1920.
2. Verlesung der Rechnung der Stadt- und deren Nebenstellen für das Rechnungsjahr 1918.
3. Verlesung der Rechnung der Stadt- und deren Nebenstellen für das Rechnungsjahr 1916.
4. Genehmigung von Verpachtungen.
5. Anlauf von Grundstücken.
6. Erwerb von Grundstücken.
7. Verkauf von Gelände an Herrn Fabrikanten Döeffler.
8. Verkauf von Bauplätzen.
9. Verkauf des Hauses Blumenstraße Nr. 9.
10. Freisetzung des Waggelbes für die städt. Bräudewagen.
11. Festsetzung der Gebühren des Totengräbers für Ausgrabungen.
12. Festsetzung eines Witwengeldes für die Schuldner Anton Wunich Witwe.
13. Errichtung einer planmäßigen Handarbeitslehrerinnenstelle an der Gewerbeschule.
14. Herstellung von weiteren 60 Wohnungen durch die Baugenossenschaft Gartenstadt Maistatt unter finanzieller Beihilfe der Stadtgemeinde.
15. Ortsstatut für die Handelsschule und Aenderung des Ortsstatuts für die Gewerbeschule.
16. Erhebung einer Nachtragsumlage.
17. Ergänzung des Steuerausschusses.

Maistatt, den 14. Juli 1921. 1647
 Das Bürgermeisteramt.
 Kerner. Soller.

STADTGARTEN
 Dienstag, den 19. Juli 1921, abends 8 Uhr
Doppel-Konzert Soloquartett der Kölner Oper und Musikverein Harmonie.
 Eintritt: 1.20 Mk. (Jahreskarten), 2.20 Mk. (Sonstige), Kinder je die Hälfte. **Kartenvorverkauf:** Verkehrsverein und Schalterkassen des Stadtgartens. 1652

Die weltberühmten Passionsspiele
 auf der größten Freilichtbühne der Welt, 200 Meter breit, 100 Meter tief. Unter Leitung u. Mitwirkung der berühmten bayrischen Christus- und Judasdarsteller, Gebr. Hofmann u. Georg Fahnstich, unter Zugrundelegung des alten Oberammergauer Textes.
 Spielstage vom 16. Juli ab jeden Mittwoch, Samstag und Sonntag, sowie an Feiertagen bis Ende September. Anfang 1 1/2 Uhr, Ende 7 Uhr. 1500 Mitwirkende. Chöre, Orchester, Orgel. 9000 Plätze.
Freiburg i. Br.
 Prof. kostenlos durch H. Gotthart, Freiburg i. Br., Kaiserstr. 132, Fernruf 879. Schulen und Vereine erhalten Preisermäßigung.

Brennholz

Die Badische Landesforstverwaltung in Mannheim. Die Preisprüfung hat die Kleinhandelsverkaufspreise für Kohlen, Koks u. Breitsägen für den Versorgungsbezirk Bruchsal-Stadt wie folgt festgelegt:
 Preis für einen Zentner:

Bruchsaler Anzeigen.

Die Badische Landesforstverwaltung in Mannheim. Die Preisprüfung hat die Kleinhandelsverkaufspreise für Kohlen, Koks u. Breitsägen für den Versorgungsbezirk Bruchsal-Stadt wie folgt festgelegt:
 Preis für einen Zentner:

Kohlenorte	ab Eisenbahnanlagen	ab Lager	ab Holzwerkstätten	frei ins Haus
Ruhr-Stückkohlen	22.60	23.60	24.60	25.10
„ Fettschrot u. Raufschrot	19.80	20.80	21.80	22.30
„ Fettschrot 1. 2 und 3	23.—	24.—	25.—	26.—
„ Fettschrot 1 und 2	24.40	25.40	26.40	26.90
„ Fettschrot 3	23.70	24.70	25.70	26.20
„ Schmiebefohlen 3	23.—	24.—	25.—	25.50
„ Schmiebefohlen 4	22.40	23.40	24.40	24.90
„ meilert Schmiebefohlen	20.10	21.10	22.10	22.60
„ Anthrazitkohlen 1	24.50	25.50	26.50	27.—
„ Anthrazitkohlen 2	26.50	27.50	28.50	29.—
„ Anthrazitkohlen 3	24.50	25.50	26.50	27.—
„ Anthraz.-Stromkohlen	26.50	27.50	28.50	29.—
„ Anthraz.-Steinkohlen	26.50	27.50	28.50	29.—
„ Grobkoks (Hüttenkoks)	25.40	26.40	27.40	27.90
„ Breitsäge 1 und 2	27.90	28.90	29.90	30.40
„ „ 3	26.50	27.50	28.50	29.—
„ „ 4	24.40	25.40	26.40	26.90
„ Braunkohlenbriketts, Union	14.70	15.70	16.70	17.20
„ „ Mitteldeutsche	17.10	18.10	19.10	19.60
„ „ Sächsische	17.10	18.10	19.10	19.60
„ „ gem. Sorten	—	16.90	17.90	18.40

Säcke

Prima, neue Gütesäcke, 1 1/2 und 2 Zentner fassend, mit blauen Streifen, für Mehl und Getreide, wie auch verschiedene Sorten gebrauchter Säcke sind stets zu haben bei
 S. Leiner,
 Sack-Größhandlung,
 Schützenstraße 59,
 Telefon 3628
 Billigste Bezugsquelle für Wieder-Verkäufer

Flechte

Meine Frau war über 60 Jahre m. einer höchstlichen
 Befallt. Mein geliebtes Flechten hatte sie auf dem Kopf. Durch Zucker's Patent-Medizin-Salbe wurden die Flechten in 3 Wochen beseitigt. Diese Salbe ist bewährte med. & pharm. Zucker-Creme, nicht schmerzhaft und fettlos. In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

Druck-Arbeiten

Druck-Arbeiten aller Art liefert
 Buchdruckerei Wed & Cie

Bei J. Gemberger

an die Kunden von Nr. 1 bis Nr. 200 mit je zwei Zentner Braunkohlenbrikett Union.
 Bei J. Bestob
 an die Kunden von Nr. 1 bis Nr. 350 mit je zwei Zentner Braunkohlenbrikett Union.
 Bei E. Eberhardt
 an die Kunden von Nr. 150 bis Nr. 500 mit je zwei Zentner Braunkohlenbrikett Union.

Die Kriegsverlängerer loben!

Die Deutschnationalen, im besonderen Herr Helfferich, spritzen täglich ihre Wut gegen PHILIPP SCHEIDEMANN und dessen beide letzte Veröffentlichungen „Der Zusammenbruch“ und „Papi, Kaiser und Sozialdemokratie“

Jeder Sozialist muß Scheidemanns Bücher gelesen haben

Unter bequemen Zahlungsbedingungen zu haben bei
 Volksbuchhandlung Karlsruhe, Adlerstr. 16.